

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Herr Oberbürgermeister, Herr 2. Bürgermeister,
Herr 3. Bürgermeister, Frau 4. Bürgermeisterin,

inspiriert durch die Vorkommnisse im vorletzten Plenum habe ich im Internet nach weiteren Franz-Josef-Strauß-Zitaten gesucht. Und siehe da:

Von Strauß gibt es gleich mehrere Sprüche mit Hund und Wurst. Und einer davon passt sogar zur heutigen Haushaltsdebatte.

Ob ich ihn wirklich bringe, werde ich erst im Verlauf meiner Rede entscheiden. Schließlich wissen wir ja nun, zu welchen Verwerfungen so ein Strauß-Zitat führen kann.

Die Haushaltsdebatte ist die Generaldebatte, in der die Opposition die Politik der Mehrheit grundsätzlich unter die Lupe nimmt. Die Zustimmung oder Ablehnung erfolgt folglich nicht ausschließlich hinsichtlich des reinen Zahlenwerks. Sie drückt auch die Bewertung des politischen Geschehens im ablaufenden Jahr aus. Das ist gute Tradition auf allen politischen Ebenen.

Drei grundsätzliche Kritikfelder tun sich aus unserer Sicht dabei auf:

1. Die Investitionspolitik spiegelt nicht im Entferntesten die Zukunftsherausforderungen wieder.
2. Die Stadtteile kommen zu kurz.
3. Der Politische Stil bedarf einer Generalüberholung:

**Zunächst zum 1. Themenfeld,
dem Vermögenshaushalt:**

Es ist schon gut, dass man Schulden tilgt, um Handlungsspielräume für künftige Generationen zu erhalten. Unsere Fraktion hat das jahrelang unterstützt. Aber nur auf das Überweisungsknöpfchen zu drücken, das ist zu wenig. Es ist einfach, aber zu wenig. Denn das ist noch keine aktivierende Stadtpolitik, zumal ein Berg von Aufgaben vor uns liegt. Zum Beispiel ...

- Die Umsetzung des Radverkehrsplans: Das dauert zu lange. 250.000 Euro stehen 2025 im Vermögenshaushalt. Mit solchen Tranchen brauchen wir für den beschlossenen Plan 30 Jahre. Und selbst wenn heuer, wie in der Ausschusssitzung gesagt wurde, noch übrig gebliebene Mittel da sind, die man da draufsatteln könnte – Insgesamt geht es zu langsam.
- Die kommunale Wärmeplanung lässt die Bürger mit ihren Fragen alleine. Bis 2028 soll es dauern, bis wir wissen, wo eventuell was kommt und wo nicht.

Es gibt aber bereits jetzt nicht wenige Bürger, die ohne jeden verordneten Zwang eine Wärmepumpe installieren würden, weil ein Heizungswechsel ansteht. Sie suchen eine Antwort auf die Frage: Was kommt in meinem Stadtteil oder in meinem Straßenzug? Läuft vielleicht bald eine Wärmeleitung an meinem Haus vorbei, so dass ich mir die Wärmepumpe sparen kann? Wenn der OB die Antwort auf diese Frage erst im Jahr 2028 liefern will, lässt er die Menschen bei ihren sich schon heute stellenden Entscheidungen allein. Wenn er selbst sagt, er verfolge die kommunale Wärmeplanung nur mit einem „skeptischen Ja“, dann ist das nichts anderes als das Ausblenden und Verschieben auf die Jahre nach der eigenen Amtszeit. Notwendig wäre eine sofortige Schnellprüfung, wo, in welchen Stadtteilen, regenerative Nahwärmenetze wegen der örtlichen Begebenheiten vordringlich und wahrscheinlich machbar sind.

Beispiel Innstadt: Mich hat eine Hausbesitzerin aus der Innstadt mit dieser Frage konfrontiert

Und dann die Flusswärmenutzung: Warum wollen wir die Flusswärme nur für das neue St. Johannis-Wohnheim nutzen, warum nicht gleich eine Großwärmepumpe für ein Quartiersgesamt-konzept?!

Letzten Montag haben wir im Berufsschulverbandsausschuss gehört, dass man in Vilshofen in diese Richtung denkt und sich mit den zu befassenden Ämtern austauschen will. Der Berufsschulverband hat natürlich sein Interesse bekundet.

Die Donau fließt als zuverlässige Wärmequelle für alle Zeiten an uns vorbei. Wer hier nur mit einem „skeptischen Ja“ unterwegs ist, der fremdelt ganz offensichtlich mit den großen Herausforderungen unserer Zeit.

Eine u.a. vom Verband der Bayerischen Energie und Wasserwirtschaft und vom Verband kommunaler Unternehmen in Auftrag gegebene

Potentialanalyse „Wärmepumpen an bayerischen Fließgewässern“
kommt zu dem Ergebnis: Die Technologie ist einsatzbereit.

Freilich müssen Wärmeleitungen verlegt werden. Aber das war seinerzeit bei den Gasleitungen auch so. Mich wundert immer, warum die Stadtspitze im Zentrumsbereich vor dem Verlegen von Wärmeleitungen zurückschreckt und auf die Kosten verweist, während für umstrittene Hochwassermauern wie an der Oberen Donaulände um ein Vielfaches tiefer gegraben werden muss und Geld dabei keine Rolle zu spielen scheint.

- Stadtwerke-Geschäftsführer Prof. Dr. Prechtl hat in einem Zeitungsinterview erklärt, dass die Stadtwerke die vor ihnen liegenden Investitionen niemals stemmen können:
 - im Bereich der Strominfrastruktur,
 - bei der Wärmeversorgung
 - und bei der Elektrifizierung ihres Bus-Fuhrparks. Letzteres, der schadstofffreie ÖPNV, ist eine konkrete mittelfristige Zielvorgabe der Europäischen Union.

Unser Antrag, in einer ersten Zusage, die Stadtwerke bei der Beschaffung von E-Bussen zu unterstützen, etwa durch eine Stammkapital-Erhöhung, wurde abgelehnt. In allen drei Investitionsbereichen wird die Stadt helfen müssen. Sonst ist die Realisierung nicht möglich.

- Und schließlich: Der Photovoltaikausbau. Er muss endlich beschleunigt werden. Geeignete kommunale Dächer ohne PV – das darf es nicht mehr geben!

Kritikfeld 2:

Die Stadtteile kommen zu kurz.

Stadtteilentwicklungskonzepte werden kaum verfolgt.

Dabei gab es 2012 gab es eine umfassende Ideensammlung mit Bürgerbeteiligung für ein Stadtteilentwicklungskonzept.

Ich will nicht sagen, dass seither gar nichts passiert ist, aber viel zu wenig! Viele Bürgerideen schlummern in den Schubläden.

Dabei gäbe es einiges zu tun: Zum Beispiel im Stadtteil Heining: Dort ist eine aktive moderierende politische Gestaltung, um den Ortskern zu beleben und zu gestalten, dringend erforderlich. Wir geben der CSU Recht, die vor drei Jahren in einer ‚Schandfleck-Tour‘ auf Missstände der Stadtplanung und unschöne Ecken vor allem in Heining und in Schalding r. d. Donau hingewiesen hat.

Mancherorts fehlen auch Fußwege, wie zum Beispiel in Rittsteig. Gut finden wir den CSU-Vorschlag für den dringend notwendigen Fußweg an der Alten Poststraße.

Leider werden solche Vorschläge immer schnell vom OB wegmoderiert. Und alles bleibt wie es ist.

Ich kann Ihnen versichern: Für uns in der ÖDP-Fraktion spielt es keine Rolle, von wem ein Vorschlag kommt. Wenn wir ihn gut finden, bieten wir unsere Unterstützung an.

Und schließlich: Kritikpunkt 3 – Der Politische Stil im Passauer Stadtrat.

Der Passauer Stadtrat braucht in der nächsten Amtsperiode eine Rundumerneuerung des politischen Stils und der politischen Kultur: Was von der Opposition kommt, wird sowieso abgelehnt, ist derzeit die Maxime.

Aber was soll denn so schlimm daran sein, im Stadtrat ergebnisoffen zu diskutieren. Ohne vorherige Abstimmungsvorgabe des OB und des Fraktionsvorsitzenden Sturm.

Wechselnde Mehrheiten zuzulassen - im Wettstreit um die besten Ideen. Das wäre der Ausweg aus der Stagnation. Das muss doch in einer Kommune möglich sein!

Leider wird bei uns fast alles, was von der Opposition kommt, niedergebügelt.

Manchmal geht es dabei auch nur um betragsmäßig kleine Anliegen, die aber eine gute Wirkung hätten:

- Das Senioren-Busticket zum Beispiel. Wir können keinen sinnvollen Grund erkennen, warum es erst ab 09.00 Uhr gelten soll, obwohl doch bekannt ist, dass ältere Menschen aus naheliegenden Gründen frühere Arzttermine haben. Hier handelt die Stadtratsmehrheit herzlos gegenüber den Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt.

Ein Bürger oder eine Bürgerin mit einer guten Idee, hat doch in dieser Stadt nur eine Realisierungschance, wenn es ihm gelingt, dem OB das Gefühl zu vermitteln, dass die Idee von ihm selbst gewesen sein könnte.

Und gleich gar keine Chance haben kritische Zeitgenossen:

Wer einmal öffentlich eine Entscheidung der Stadtspitze kritisiert, der landet in einer Schublade, aus der es kein Entrinnen gibt.

Die Horror-Straßenreinigungs-Gebühr am Innkai ist hierfür das beste Beispiel. Es trifft zum Teil öffentlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Und obwohl schon der Stadtrat zuletzt nur mit einer haudünnen Mehrheit von einer Stimme entschieden hat, überhaupt entscheiden zu wollen, wurde versucht, das durchzuboxen.

Die Anwohner wehren sich weiter beharrlich. Und das zu Recht. Wenn Sie jetzt ihren Einspruch aufgeben, besteht die unsägliche und unbegründete Riesengebühr wahrscheinlich für lange Zeit.

Die Anwohner wissen das von ... – jetzt kommt's also doch – die Anwohner wissen das von Franz Josef Strauß, der einmal erklärte: Eher legt sich ein Hund einen Salami-Vorrat an als dass ein Sozi eine Abgabe wieder zurücknimmt“.

Zum Schluss noch ein Gedanke zur Demokratie in Passau:

Im letzten Jahr gab es beim Bürgerentscheid ein bemerkenswertes Ergebnis: 78 Prozent Zustimmung für den Waldschutz, das hätte in dieser ansonsten so kontrovers aufgeladenen Zeit eigentlich kaum jemand für möglich gehalten.

Unser Wunsch für die Zukunft: Der gesamte Stadtrat sollte künftig direkte Abstimmungen als Bereicherung verstehen. Auf dem Weg dorthin hätte ich aber Verbesserungsvorschläge. Die sollen bei anderer Gelegenheit noch im Detail thematisiert werden.

Aus den Erfahrungen, die wir im letzten Jahr machen mussten, spürte man eine Abwehrhaltung bis Ablehnung des Bürgerengagements und der direkten Demokratie. Das darf so nicht bleiben. Passau war hier schon mal besser. Gerade in diesen Zeiten darf in politischen Entscheidungsprozessen nicht die Machtpolitik im Vordergrund stehen. Das ist kein professionelles Dialogverfahren. Der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Initiativen und Verbänden braucht in Passau eine neue Qualität – ohne Herrschaftsgehabe und ohne Taschenkontrollen.

In diesen Zusammenhang passt auch das Festhalten an reduzierten Öffnungszeiten für die Eintragungsphase bei landesweiten Volksbegehren. Passau war hier mal an der bayerischen Spitze. Sie haben das revidiert, Herr Oberbürgermeister. Und dann auch noch mit dem merkwürdigen Argument: „So viele gehen ja eh gar nicht hin“.

Das wäre ja so als wenn man auf die reduzierte Beteiligung bei den Landtags- und Stadtratswahlen mit einer Einschränkung der Öffnungszeiten am Wahltag reagieren würde. Die Stadtspitze hat offenbar ein extrem distanziertes Verhältnis zu direkten Demokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Herr Oberbürgermeister, Herr 2. Bürgermeister,
Herr 3. Bürgermeister, Frau 4. Bürgermeisterin,

es könnte gut sein, dass sie in eineinhalb Jahren für eine Fortsetzung dieser Politik auch noch einen fünften und sechsten Bürgermeisterposten erfinden müssen.

Besser für Passau wäre ein Neustart in eine offene Abstimmungskultur. Mit neuen Chancen für gute Ideen!

Die ÖDP-Fraktion wird dem Verwaltungshaushalt zustimmen, weil wir die Verbesserungen bei der Unterstützung des Tierheims begrüßen und weil wir grundsätzlich die Hand reichen und Totalkonfrontation nicht gut finden.

Den Vermögenshaushalt lehnen wir aus den dargelegten Gründen ab. Wir beantragen getrennte Abstimmung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.